







# Bundesverwaltungsgericht deutet darauf hin:

hat der 6. Senat des am 20. Mai 2025 durch den Vorsitzen sowie und die Richte Dr. Gamp

beschlossen:

Die Besch verwaltur vom 13. l

Die Kläge

Der Wert verfahren

- Die Klägerin ist eine desamt f
  ür Verfassu über öffentlich berie
- 2 Das BfV stuft die Kl der Grundlage der a

ihres Glaubens diskriminiert und in beschränkt werden sollten. Danebe fremdenfeindliche, antisemitische i BfV legt dieser Einschätzung die in gutachten zu tatsächlichen Anhaltliche demokratische Grundordnudokumentierten Erkenntnisse zu

Die Klägerin blieb mit ihrer bere dem Verwaltungsgericht ohne E fung zum Oberverwaltungsgeric

- die Beklagte zu w rin als "Verdacht behandeln, zu pr hilfsweise die Be die Klägerin auf Schlusses der Rechtslage im Z dung als "Verda zu behandeln,;
  - die Beklagte zu Bundesamt für geben, dass dinet, beobacht wird, hilfsweise die aufgrund der mündlichen punkt der ge desamt für \( \)
    - der Beklag das Verbot Höhe von

ben, dass di

beobachtet



#### BESCHLUSS

BVerwG 6 B 23.24 5 A 1218/22

In der Verwaltungsstreitsache

Die gesichert **RECHTSEXTREME** AfDerfüllt die letzte fehlende
Voraussetzung für ein AfD-Verbot!



## Eine Partei muss 3 Voraussetzungen erfüllen, um verboten zu werden:

## Potenzialität

Verstoß gegen die freiheitlichdemokratische Grundordnung (FDGO)

"kämpferisch-planmäßige Umsetzung"

Schauen wir uns die Punkte genauer an!





## Die Partei muss groß genug sein

Die Partei muss überhaupt erst realistisch eine Chance haben, ihre Pläne umzusetzen. Deshalb scheiterte das NPD-Verbot 2017 - die Partei war zu klein!





Eine Partei muss **gegen eines der drei Grundprinzipien** verstoßen:

- Das Prinzip der Menschenwürde bzw. der Menschenrechte
- Das Demokratieprinzip
- Das Rechtsstaatsprinzip

### Es reicht EINS!

"REMIGRATION" stand sogar im Wahlprogramm der AfD! Das Gericht sagt auch, dass die AfD sich das eindeutig zu eigen macht!

"Remigration"
verstößt zum
Beispiel gegen die
Menschenwürde sagte das BVerwG
im Compact-Urteil!





Beim letzten Kriterium gab es bisher Skepsis:

## "kämpferisch -planmäßige Umsetzung"!

Manchmal noch irreführend "aggressiv-kämpferische Haltung" genannt!



Damit ist aber NICHT
Gewalt auf den Straßen
gemeint, sondern dass
man aktiv und planvoll
daran arbeitet,
verfassungsfeindliche
Ziele durchzusetzen.

Und hier hat sich die AfD ein Eigentor geschossen!



als rechtsextremer Verdachtsfall

Dabei fragte die AfD das Gericht [1], ob man nicht davon ausgehen könnte, dass sie "einfach nur daher redet" - aber gar nicht wirklich ihre verfassungsfeindlichen Ziele umsetzen würde oder gar könnte:

"a) Kann für Meinungsäußerungen, die von oder innerhalb einer politischen Partei abgegeben werden, bei der Beurteilung, ob sich aus ihnen ein Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen (§ 4 Abs. 1 Satz 5 BVerfSchG) ergibt, ohne weiteres angenommen werden, dass sie mit der Intention einer entsprechenden Änderung der realen Verhältnisse abgegeben werden?

b) Insbesondere: Können inhaltlich mit einem Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbare Meinungsäußerungen als Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen (§ 4 Abs. 1 Satz 5 BVerfSchG) gewertet werden, ohne dass zugleich tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass die betroffene Organisation, wenn sie die politische Mehrheit bekäme und damit in die Lage versetzt würde, gemäß diesen Äußerungen zu handeln, nicht bereit wäre, sich durch die Rechtsprechung korrigieren zu lassen?"

HA18

HA18

BLAH BLAH

HA18

BLAL

BLAH

4418



33

### will sie es auch umsetzen!

Die aufgeworfene Frage rechtfertigt mangels Klärungsbedürftigkeit nicht die Durchführung eines Revisionsverfahrens. Denn das Beschwerdevorbringen zum ersten Teil der Frage verschließt sich der Erkenntnis, dass die vermeintliche Diskrepanz zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Begründungsbedürftigkeit der auf ein Wirklichwerden der politischen Vorstellungen gerichteten Intention aus dem unterschiedlichen Beobachtungsobjekt herrührt. Während bei einem Presseerzeugnis, wie es Gegenstand des Verfahrens 1 BvR 1072/01 war, die Veröffentlichung einer Meinung nicht ohne weiteres einen politischen Willen zur Umgestaltung der Verhältnisse indiziert und es dafür zusätzlicher Anhaltspunkte bedarf, ist dieser Wille einer parteipolitischen Betätigung immanent. Denn politische Parteien sind auf politische Aktivität und auf Änderung der politischen Verhältnisse ausgerichtete Organisationen (vgl. BVerfG, Urteil vom 17. August 1956 - 1 BvB 2/51 - BVerfGE 5, 85 <147> und BVerwG, Urteil vom 21. Juli 2010 - 6 C 22.09 - BVerwGE 137, 275 Rn. 60 f.). Die Ziele einer Partei sind der Inbegriff dessen, was diese politisch anstrebt. Das Verhalten der Parteiorgane und der Anhänger kann Schlüsse auf diese Zielsetzung zulassen (vgl. BVerfG, Urteil vom 23. Januar 2024 - 2 BvB 1/19 - BVerfGE



Damit wäre das LETZTE KRITERIUM AUCH ERFÜLLT!

© (1) S = 2025 VOLKSVERPETZER



## Die AfD erfüllt also eigentlich alle Voraussetzungen für ein Verbot!\*

\*Auch wenn das **BVerwG warnt**, dass jede AfD-Einzelaussage im Einzelfall geprüft werden muss!

Aber das Bundesverfassungsgericht würde über das Verbot entscheiden. Würde es das ähnlich sehen?

Wir müssen aber auch nicht raten - wir werden es erfahren: Die AfD hat Verfassungsbeschwerde erhoben.



Damit landet genau diese Frage beim zuständigen Gericht!



### Die Hinweise sind erdrückend!

## Diese Verfassungsbeschwerde könnte also der VORENTSCHEID ZUM AfD VERBOT werden!

Bis dahin muss auch die politische Debatte dazu geführt werden! Wo sind die Medienberichte, die Politiker, die das ansprechen?



Tut was! Sprecht

darüber

und **teilt** auch diesen Beitrag!

© († (\$) =)
2025 VOLKSVERPETZER

